



# 17. Treffen des Foro Sao Paolo

Managua, Nicaragua, 18. - 22. Mai 2011

## Abschlusserklärung

Am 17. Treffen des Foro Sao Paolo, das in Managua anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung Nicaraguas, FSLN, und des 116. Geburtstages des Generals Augusto Cesar Sandinos stattfand, beteiligten sich 640 Delegierten von 48 Parteien aus 21 Ländern. Außerdem nahmen 33 eingeladene Gäste von 29 Parteien aus 15 Ländern Afrikas, Asiens und Europas an dem Treffen teil.

Die Organisationen und Teilnehmer diskutierten fünf Tage lang über wichtige Themen für die Völker Lateinamerikas und der gesamten Menschheit, wie zum Beispiel:

- § Das alternative Projekt der progressiven, Links- sowie Volkskräfte Lateinamerikas und der Karibik;
- § die Errungenschaften der Regierungen und nationalen, staatlichen und lokalen Parlamente, die durch die Parteien des Forums (Sao Paolo) angestoßen wurden;
- § die internationale Krise in all ihren Aspekten: betreffend die Wirtschaft, die Ernährungslage, den Energie-Sektor, das Klima, die sozialen und die politischen Zusammenhänge;
- § der Kampf um Entkolonialisierung und nationale Souveränität;
- § die Bedrohungen und Tragödien, verursacht durch die Politik des Imperialismus und der Rechten, wie zum Beispiel der Drogenhandel und die organisierte Kriminalität, die den Frieden und die Völker- und Menschenrechte untergraben.

Wir diskutierten auch wichtige übergreifende Angelegenheiten,

- § wie die der Notwendigkeit der Demokratisierung von Information, Kommunikation und Kultur;
- § den Kampf um die Erweiterung der Rechte und Mitbestimmung der Frauen, der Jugend, der verschiedenen Ethnien und der Urbevölkerung;
- § die Verteidigung der Rechte der arbeitenden MigrantInnen und ihrer Familien;
- § die Herausforderungen der sozialen Bewegungen;
- § die Thematik der Verteidigung und der Sicherheit.

Die teilnehmenden Parteien des 17. Treffens, von denen bereits eine große Anzahl in den Ländern unseres Kontinents mitregieren, bestätigen nochmals unsere festen Vorsatz, einen Epochenwechsel herbeizuführen, was auch das Ziel beinhaltet, die linken, fortschrittlichen und Volksbewegungen bei den Wahlen 2011 in Lateinamerika und der Karibik zu stärken;

- § in Argentinien bedeutet dies, die Rechten zurückzudrängen und Veränderungen zu vertiefen;
- § in Peru unterstützen wir Ollanta Humala, ein mit der Demokratie fest verbundenen Patrioten, der das Ziel verfolgt, den wirtschaftlichen Reichtum den verarmten Sektoren des Landes zukommen zu lassen;
- § in Nicaragua nennen wir den Kommandanten Daniel Ortega, den erfahrenen Kämpfer und Staatsmann, die revolutionären Führungspersönlichkeit der Sandinisten;
- § und in Guatemala, die Kämpferin für die Rechte unserer Urbevölkerung und Nobelpreisträgerin für den Frieden, Rigoberta Menchú als Kandidatin der vereinigten Linken – was einen geschichtlichen Erfolg darstellt, der uns mit großer Freude erfüllt.

Das Foro Sao Paolo gratuliert dem Präsidenten Rafael Correa für seinen Mut und seine unerschütterliche Hingabe für die Demokratie, angesichts des unbestreitbaren Triumphs beim Referendum zur Stabilisierung der Politik, das die Veränderungen, die Ecuador gerade in Angriff nimmt, noch vertieft.

Die Erfolge der Linken seit der Wahl Hugo Chavez´ 1998 bis zum Triumph der FMLN mit Mauricio Funes 2009, sind Ausdruck für unsere politische Stärke – teilweise als Resultat der

Ablehnung des Neoliberalismus und der traditionellen Politik, aber vor allem, weil die Linke eine politische Aktivität organisiert hat, die nicht nur die nationalen Regierungen erreicht hat sondern auch örtliche Regierungen, Gouvernements und die gesetzgebenden Behörden. Von diesen neuen Positionen der politischen Macht aus haben wir unser Ziel ins Auge gefasst, das neoliberale Modell zu demontieren und eine Alternative aufzubauen, die den jetzigen und auch schon geschichtlichen Forderungen und Bedürfnissen unserer Völker entspricht.

Die Politik der Regierungen, die durch die linken, fortschrittlichen und Volksbewegungen Lateinamerikas und der Karibik beeinflusst worden sind in Richtung: Umverteilung des Reichtums (nach unten), Kontrolle der natürlichen Rohstoffe und wachsende Beteiligung der Bevölkerung und der sozialen Verbände an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen, und die entsprechende Institutionalisierung dieser Prozesse, zeigen die Stoßrichtung an in die dieser Aufbruch geht. Das bedeutet, die Notwendigkeit, Alternativen zum Neoliberalismus zu formulieren und dann zu errichten. Die Umverteilung der Einkommen, die Demokratisierung der Kommunikation und die Verteidigung der nationalen Souveränität stellen gemeinsame und unbestreitbare Grundlagen der Linkskräfte auf dem Kontinent dar.

Die Überwindung des Neoliberalismus wird aus den unterschiedlichen nationalen Prozessen hervorgehen, aus der Einheit der fortschrittlichen und linken Kräfte je nach ihrer Verankerung, aus der Vertiefung des Wandels, und als Teil davon, aus der Radikalisierung der Demokratie, die dann höhere Etappen der sozialen Entwicklung hervorbringen können. Die derzeitige kapitalistische Krise stellt für die sozialen Bewegungen neue Herausforderungen dar. Nicht nur bezüglich der Anklage gegen das neoliberale Modell, sondern auch bezüglich des Aufbaus von geschichtlichen Alternativen. Die Politik und die Erfolge der Linken in den Regierungen zugunsten der (armen) Bevölkerungsmehrheit unseres Kontinents zeigen sich in sozialen Aufbauprojekten, die - jedes für sich den Gegebenheiten desjenigen Landes entsprechen, das diese Projekte durchführt - darin allen voran die cubanische Revolution, die in diesem Moment weiterhin an ihrem Vorankommen arbeitet, durch die Überprüfung ihre Wirtschaftsmodells, und das mit einer breitestmöglichen Volksbeteiligung. Dies hat eine große Bedeutung, denn die Politik Cubas ist immer eine Quelle der Inspiration für andere revolutionäre Bewegungen der Welt gewesen und ohne diese bestehende Revolution wäre die Belebung der linken und Volksbewegungen in Lateinamerika in diesem beginnenden neuen Jahrhundert nicht möglich gewesen.

Wir sprechen uns erneut gegen die unglaubliche Ungerechtigkeit, die Willkür und den Mangel an Ethik sowie die Doppelmoral des nordamerikanischen Imperialismus aus, gegen die fünf heldenhaften Cubaner, Kämpfer gegen den Terrorismus, die weiterhin eingesperrt bleiben, während auf der anderen Seite ein bekennender Terrorist wie Luis Posada Carriles, der schuldig ist an weit größeren Verbrechen, freigelassen wird und wir sprechen uns außerdem gegen die 50 Jahren andauernde, längste Blockade aus, die jemals gegenüber einem Land aufrechterhalten wurde und die weiterbesteht – mit dem Ziel das Volk durch Hunger und Krankheiten in die Knie zu zwingen. Das alles, weil dieses Volk beschlossen hat, seinen eigenen Weg zu gehen, der den Mächtigen dieser Welt nicht gefällt.

Revolutionäre Prozesse und solche, die fortschrittliche soziale Veränderungen bewirken, entwickeln sich in Lateinamerika, indem sie mit ihrer Politik und dem Impuls der alternativen Projekte zeigen, dass die Interessen der Bevölkerung nur dann wahrhaft verteidigt werden können, wenn sie auf eine organisierte politische Kraft zurückgreifen können, die den Rechten, der Oligarchie und dem Imperialismus den Kampf ansagt. Beweise dafür und für diese oben genannte Politik sind, außer der cubanischen Revolution,

- § Nicaragua mit seiner Sandinistischen Revolution, die erneut voranschreitet und einen christlichen, sozialistischen und solidarischen Charakter hat;
- § Venezuela mit der Bolivarianischen Revolution und dem Aufbau des Sozialismus des 21. Jahrhunderts;
- § El Salvador mit der Verdrängung der Macht der Oligarchie und der großen Reife der FMLN in ihrer Bündnispolitik gegenüber der Regierung, und die bereits positive Veränderungen im Land initiiert hat;
- § so auch die großen Veränderungen in Brasilien und Uruguay;

- § Bolivien mit dem Aufbau seines multinationalen Staates und dem Sozialismus innerhalb der Kommunen;
- § Ecuador mit seiner Bürger-Revolution;
- § Paraguay, das bemerkenswerte Verbesserungen der Lebensbedingungen für seine Bevölkerung erreicht hat;
- § Argentinien, das sich aus den unter dem Neoliberalismus erlittenen Niedergang und Debakel befreit und das neue Gesetze und Rechte verabschiedet.

Alles in allem dürfen uns die Erfolge, die wir in den letzten Kämpfen erreicht haben, nicht über die Gefahr einer Gegenattacke des Imperialismus, der Rechten und der örtlichen Oligarchien auf unserem Kontinent hinwegtäuschen, in deren Diensten die ausländischen Militärbasen jederzeit bereit und willens sind einzugreifen. Gleichfalls haben sich die Rechten systematisch des Wahlbetrugs bedient, wenn es gegen fortschrittliche und revolutionäre Regierungen ging. Das beste Beispiel hierfür ist Mexiko; außerdem haben sie auf das Mittel des Staatsstreiches zurückgegriffen, was aber in Venezuela, Bolivien und Ecuador durch die Volkskräfte erfolgreich vereitelt wurde.

Das Foro Sao Paulo bestätigt seine Unterstützung für die Frente Nacional de Resistencia Popular (Nationale Front des Volkswiderstandes, FNRP) von Honduras, in ihrem Kampf gegen die jetzige Regierung, die nichts weiter ist als ein verlängerter Staatsstreich gegen die legitime Regierung von José Zelaya. Wir beobachten den laufenden Vermittlungsprozess um die Rückkehr von José Zelaya. Wir betonen, dass solange die berechtigten Forderungen der FNRP nicht erfüllt sind, Honduras nicht in die internationalen Gremien zurückkehren darf, aus denen es berechtigterweise ausgeschlossen wurde. Die da sind: Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), und das System der Mittelamerikanischen Integration (SICA), das sich durch den Staatsstreich und die daraus erwachsene allgemeine Krise in einem wirklichen Zustand der Lähmung befindet.

Wir betonen erneut unsere feste Überzeugung, dass der innere Konflikt in Kolumbien, mit seinen tiefen geschichtlichen und sozialen und wirtschaftlichen Wurzeln, nur durch politische Verhandlungen gelöst werden kann. Dazu wiederholen wir unsere Unterstützung des Polo Democrático Alternativo, vereinigte Linkspartei Kolumbiens und einzige Oppositionspartei.

Wir erklären unsere Solidarität mit dem Kampf des haitianischen Volkes um den Wiederaufbau des Landes und um seine Bemühungen, die Folgen der Politik, die es in die Verelendung geführt hat, zu überwinden. Des Weiteren hat dieses Volk mit den Folgen der vor Kurzem eingetretenen Naturkatastrophen zu kämpfen, sowie gegen den Interventionismus der Vereinigten Staaten und andere imperialistische Mächte.

Wir unterstützen den Kampf des Volkes der Mapuche in Chile, das um seine Anerkennung als ursprüngliches, indigenes Volk dieses Landes ringt.

Das 17. Treffen des Foro Sao Paulo findet in einem weltweit besonders komplexen und dramatischen Zeitfenster statt. Die Aufstände der arabischen Völker, besonders Tunesiens und Ägyptens, zeigen uns, dass die Völker nicht auf ewig passiv bleiben, aber sie erinnern uns auch daran, dass die Reaktion und der Imperialismus niemals indifferent vor solchen Ereignissen stehen, sondern alles tun, um den revolutionären Schub solcher Aufstände zu bremsen und zu zerstören.

Wir heben die eklatante Verletzung der nationalen Souveränität von Libyen hervor, dessen Volk von der NATO bombardiert wird - was einen massiven Angriff der imperialistischen Mächte der Welt gegen eine einzelne Nation darstellt, die souverän und unabhängig ist und daher das Recht hat, ein sozialökonomisches und politisches Modell zu wählen, das seinen eigenen kulturellen und weltanschaulichen Bestrebungen am meisten entspricht. Und dass das Recht hat, seine inneren Konflikte ohne äußere Einmischung selber zu lösen.

Das Foro Sao Paulo fordert das Ende der imperialistischen Aggression gegen das libysche Volk, angefangen mit der sofortigen Beendigung der Bombardierungen, genauso wie es den Waffenstillstand beider gegnerischen Parteien in Libyen und das Ende des Bruderkrieges in Libyen fordert, mit dem Ziel, eine friedliche Lösung in diesem Bürgerkrieg herbeizuführen, ohne jegliche Vorbedingung, die lediglich die Anstrengungen für einen Friedensschluss

behindern. In diesem Sinn machen wir uns alle diejenigen Initiativen zu eigen, die den Frieden in Libyen fördern, so wie es ALBA, die Afrikanische Union und die integrierte Gruppe von Brasilien, Russland, China und Südafrika getan haben.

Wir solidarisieren uns mit dem Kampf des palästinensischen Volkes für die Errichtung eines unabhängigen nationalen Staates und begrüßen das Übereinkommen unter den verschiedenen politischen Kräften dort, wie wir die auch Wiederherstellung der Grenzen von 1967 fordern. Wir begrüßen und erneuern unsere Unterstützung für das Saharaische Volk und der Demokratischen Saharaischen Arabischen Republik, in ihrem Bestreben um nationale Souveränität. Dabei rufen wir die Organisationen der Vereinten Nationen auf, ihre Anstrengungen zu verstärken, damit das saharaische Volk sein Recht auf Selbstbestimmung mit einer Volksabstimmung nach nationalem Recht durchsetzen kann.

Das Foro Sao Paulo erneuert seine Position, dass man Terrorismus nicht mit mehr Terrorismus, Missachtung der nationalen Souveränität, Gewalt gegen Zivilisten und Hinrichtungen einzelner Menschen bekämpfen kann.

Die Machteliten der dominierenden Länder greifen auf das Stigma des Terrorismus zurück, um den gerechten Kampf der Völker für ihre Freiheit und Verteidigung ihrer Rechte zu kriminalisieren, während man auf der anderen Seite den Staatsterrorismus praktiziert und hier von „humanitären Aktionen“ redet. Genauso verurteilen wir den Anspruch der Vereinigten Staaten von Amerika, ihr Programm der „Sicherheit“ den anderen Staaten aufzudrängen, besonders Ländern mit rechten Regierungen, die die Militarisierung der Gesellschaft durchpeitschen und damit die Demokratie, den Frieden und die Menschenrechte bedrohen.

In einer globalisierten Welt, in der die Kräfte der weltweiten Reaktion und des Imperialismus immer aggressiver agieren, und die durch eine der tiefsten und umfassendsten Krisen des kapitalistischen Systems gekennzeichnet ist, werden die Integrationsprozesse notwendiger denn je. Sie sind eine der Garantien dafür, dass unser Kontinent eine Identität und ein Gewicht erhält, die die Möglichkeiten geben, die heutige Welt zu beeinflussen.

In diesem Sinne ist es angebracht, die Niederlage der USA mit ihrer Initiative der *Allianz für den Freien Handel Amerikas (ALCA)* hervorzuheben und den Impuls, den alternative Initiativen wie die der ALBA dagegenhalten. Diese ist eine Initiative, die sich systematisch für die Solidarität zwischen den Völkern einsetzt, für die Integration und Einheit Lateinamerikas und der Karibik, für die Verbesserung der Lebensbedingungen und für die Verteidigung der sozialen Rechte der Bevölkerung dieser Länder. Auch andere Länder haben von speziellen Projekten dieser Initiative profitieren können, die nicht Mitglieder der Allianz ALBA sind.

Ein äußerst wichtiger Ausdruck der souveränen, kontinentalen Integration ist die UNASUR, mit der die südamerikanischen Länder in der Verteidigung ihrer gemeinsamen Interessen voranschreiten. Wir begrüßen die Rolle der UNASUR gegenüber den Staatsstreichen in Bolivien und Ecuador und bei dem Kolumbianisch-Venezuelanischen Abkommen zur Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen. Wir erkennen die Rolle des kürzlich verstorbenen Ex-Präsidenten Néstor Kirchner an, als ersten Generalsekretär dieser Organisation.

Heute kündigt sich ein wahres historisches Ereignis an, seitdem die Länder der Gruppe von Río entschieden haben, eine neue kontinentale Organisation zu gründen, die alle Länder Lateinamerikas und der Karibik umfassen soll: Die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen Staaten und der Karibik (CELAC). Wir fordern die Aufnahme von Puerto Rico in diese Organisation, als einen Teil seines Kampfes um die Anerkennung seiner vollen Unabhängigkeit.

Das Fortbestehen des Kolonialismus auf unserem Kontinent ist besonders schwerwiegend und betrifft besonders Puerto Rico, Martinique, Guadeloupe, Curazao, Aruba, Bonaire, „Französisch“ Guayana, und die Malvinen (Argentinien). Dieser stellt ein Hindernis bei der Verwirklichung des Integrationsprozesses dar und gleichzeitig eine Bedrohung der Souveränität der Völker Lateinamerikas und der Karibik.

Das Foro von Sao Paulo erneuert seine Solidarität mit den Völkern aller Kontinente, die für die Achtung ihrer Souveränität kämpfen und sich der Vorherrschaft und Ausbeutung widersetzen.

Der Imperialismus, die kontinentale Rechte und die Oligarchien wollen den Prozess der kontinentalen Integration verlangsamen und verhindern. Das war die Absicht der ALCA, so wie auch die der Abkommen des Freien Handels und des Vertrages des Pazifiks, der von den Regierungen von Mexiko, Kolumbien, Peru und Chile in Lima unterschrieben wurde, die an einem Abkommen des Freien Handels mit den USA interessiert waren und die sich der Außenpolitik Washingtons verbunden fühlten.

Das Foro Sao Paulo wird sein nächstes Treffen in Caracas durchführen, in Solidarität mit der Bolivarianischen Revolution, mit dem Ziel die CELAC als Organisation einzuführen und auch anlässlich des zweihundertjährigen Bestehens unserer Unabhängigkeit.

Hervorzuheben ist die existentielle Wichtigkeit, die dieses 17. Treffen des Foro Sao Paulo für uns hatte und hier besonders die Debatten über die Strategien der linken alternativen Projekte in Lateinamerika und der Karibik und über die Einheit der Völker unseres Kontinents bei der Verteidigung ihrer Interessen gegenüber den Aktionen der Großmächte, die Ihre Vorherrschaft über uns, die in Armut und soziale Ungerechtigkeit gestoßen wurden, auf ewig verlängern wollen. Nur vereint können wir siegen und das ist auch die Daseinsberechtigung des Foro Sao Paulo: Ein Raum für die Begegnung der fortschrittlichen, revolutionären und Volkskräfte, die für einen Kontinent der Gerechtigkeit, Freiheit und der sozialistischen Zukunft für unsere Menschen kämpfen.

Es ist wichtig hervorzuheben, dass Nicaragua als Gastland dieses 17. Treffens sich vorbereitet auf einen neuerlichen Triumph der lateinamerikanischen Linken, indem sie im Monat November den Kandidaten, Kommandanten Daniel Ortega aufstellt, dem wir unsere volle Unterstützung zusagen. Das 17. Treffen des Foro Sao Paulo endet nun und wir danken dem nicaraguanischen Volk und sagen der FSLN (Sandinistische Front der Nationalen Befreiung) unsere vollste Unterstützung für die Wahlen zu.

Hoch lebe die Einheit der Völker Lateinamerikas und der Karibik.

Managua, 20. Mai 2011